

## KURZMELDUNGEN

## Altersheim lässt sich erpressen

**SCHÖFTLAND** | Ein regionales Altersheim im aargauischen Schöftland ist im November Ziel eines Cyberangriffs geworden. Die Verantwortlichen nahmen die Drohung ernst und bezahlten. Die Polizei sowie die Bundesstelle Melani wurden erst später eingeschaltet. Der Cyberangriff hatte im November stattgefunden, doch eine Anzeige sei erst am 13. Dezember eingegangen, bestätigte Bernhard Graser, Sprecher der Aargauer Kantonspolizei, am Dienstag einen Bericht der «Aargauer Zeitung». Die Ermittlungen seien erst in der Anfangsphase. Beim Angriff auf das IT-System wurde ein Trojaner platziert, der den Zugriff auf die Informationen blockierte. Wie viel Geld das Altersheim lockermachen musste, damit es wieder ungestört auf das System zugreifen konnte, ist nicht bekannt. Im Normalfall würden in solchen Fällen jeweils mehrere Tausend Franken verlangt, sagte der Polizeisprecher. Wer bezahle, habe aber keine Garantie, dass der angerichtete Schaden von den Erpressern behoben werde. Sowohl die Polizei wie auch die Melde- und Analysestelle Informationssicherung (Melani) des Bundes raten deshalb, nicht auf solche finanzielle Forderungen einzugehen. | sda

## 150 000 Franken ergaunert

**BERN** | Betrügern ist es vergangene Woche in Bern gelungen, einer Frau rund 150 000 Franken abzuknöpfen. Sie glaubte falschen Polizisten, die ihr vorgaukelten, sie ermittelten in einem Einbruch- oder Raubdelikt. Wie die kantonale Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsdelikte und die Berner Kantonspolizei mitteilten, übergab die gutgläubige Frau an der Haustüre das Geld angeblichen «Interpol-Mitarbeitern». Sie war zuvor telefonisch dazu aufgefordert worden, grosse Summen Bargeld abzuheben. Der Fall gehört zu über 70 Anrufen, welche Bewohnerinnen und Bewohner von Stadt und Region Bern seit Mitte Dezember erhielten. Stets meldeten sich akzentfrei hochdeutsch sprechende Personen, die angeblich von der Nummer 117 aus anriefen, also der Polizeinotrufnummer. | sda

## Bessere Bedingungen

**BERN** | Die Mitarbeiter im Strassengütertransport und der Logistik leiden laut den Gewerkschaften zunehmend unter unfairem Wettbewerb, Lohndumping und überlangen Arbeitszeiten. SEV, syndicom und Unia bündeln deshalb ihre Kräfte im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen. Sie haben sich zur Allianz Fairlog zusammengeschlossen, die sie an einer Medienkonferenz in Bern vorstellten. Gemeinsam wollen sich die drei Gewerkschaften für die Rechte der rund einer Viertelmillion Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Transport- und Logistikbranche einsetzen. Erreichen wollen sie dies mit einer breiteren Abdeckung durch Gesamtarbeitsverträge und einer direkten Interessenvertretung in den Betrieben. | sda

## Neuenburg/Bern | Sozialhilfequote steigt 2016 auf 3,3 Prozent

## Sozialhilfe nötiger denn je

**Trotz der wirtschaftlichen Erholung steigt in der Schweiz das Sozialhilferisiko. Besonders betroffen sind Kinder, Ältere, Asylbewerber und Flüchtlinge. Fachleute fordern darum gezielte Massnahmen zugunsten dieser Risikogruppen.**

Nach dreijährigem Stillstand ist 2016 die Sozialhilfequote in der ständigen Wohnbevölkerung wieder leicht angestiegen, von 3,2 auf 3,3 Prozent. Die Zahl der Empfänger erhöhte sich um 2,9 Prozent auf gut 273 000 Personen, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) am Dienstag mitteilte. Zusätzlich wurden 25 500 Flüchtlinge sowie 55 500 Asylsuchende finanziell unterstützt. Für den Asylsektor hat das BFS letztes Jahr zum ersten Mal detaillierte Zahlen erhoben. Bisher gab es dazu lediglich Schätzungen aufgrund von Stichproben.

In beiden Gruppen sind fast neun von zehn Personen auf Sozialhilfe angewiesen. Bei den Flüchtlingen waren es 85,8 Prozent, bei den Asylsuchenden 88,4 Prozent. Für diese Menschen sei es wegen der Sprachkenntnisse und der Ausbildung besonders schwierig, eine Arbeit zu finden, die finanzielle Autonomie ermögliche, gibt das BFS zu bedenken.

Im Bereich der wirtschaftlichen Sozialhilfe wiesen 2016 die städtischen Kantone Neuenburg, Basel-Stadt, Genf, Waadt und Bern die höchsten Quoten aus. Zürich registrierte als einziger städtischer Kanton einen unterdurchschnittlichen Wert. Im Flüchtlingsbereich stieg die

Sozialhilfequote in 20 Kantonen an. Die stärksten Zunahmen verzeichneten die Kantone Luzern, Basel-Stadt, Schwyz und Solothurn. Im Asylbereich lagen die kantonalen Quoten zwischen 60,8 Prozent (Obwalden) und 94,9 Prozent (Basel-Stadt).

## Zur Hälfte Schweizer und Schweizerinnen

Die wirtschaftliche Sozialhilfe geht zu mehr als zur Hälfte an Schweizerinnen und Schweizer. Die ausländischen Empfänger stammen hauptsächlich aus europäischen Ländern.

Die Zahlen zum Asyl- und Flüchtlingsbereich widerspiegeln die aktuelle Migrationssituation. Zwei Drittel der Beziehenden des Asylsektors kommen zu ähnlichen Teilen aus Eritrea, Syrien und Afghanistan. Im Flüchtlingsbereich machen die Personen aus Eritrea den grössten Anteil aus.

In allen Bereichen der Sozialhilfe ist jede dritte Person ein Kind von null bis 17 Jahren. Auf die 18- bis 35-Jährigen entfällt bei Flüchtlingen und Asylsuchenden nahezu die Hälfte, in der wirtschaftlichen Sozialhilfe aber lediglich ein gutes Viertel. In der Wohnbevölkerung ist der Anteil der Bezüger über 46 Jahren deutlich höher als in den anderen beiden Gruppen.

## Skos ist besorgt

Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (Skos) äussert sich besorgt über die Resultate der BFS-Statistik, besonders was den hohen Anteil von Kindern und die steigende Quote bei den über 50-Jährigen betrifft.

Neben familienpolitischen Massnahmen fordert der Verband «rasche und nachhaltige Verbesserungen» für die berufliche Wiedereingliederung. Damit die Kosten nicht weiter ansteigen, brauche es zudem gezielte Schritte für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene. Nötig seien ein stärkeres Engagement und mehr Mittel für die Arbeitsintegration. Weiter macht sich die Skos für verbindliche und gesamtschweizerisch anerkannte Ansätze für die Höhe der Leistungen stark. Für sie ist die Sozialhilfe nötiger denn je. Als letztes Netz der sozialen

Sicherheit spiele sie eine zentrale Rolle für die gesellschaftliche Stabilität in der Schweiz.

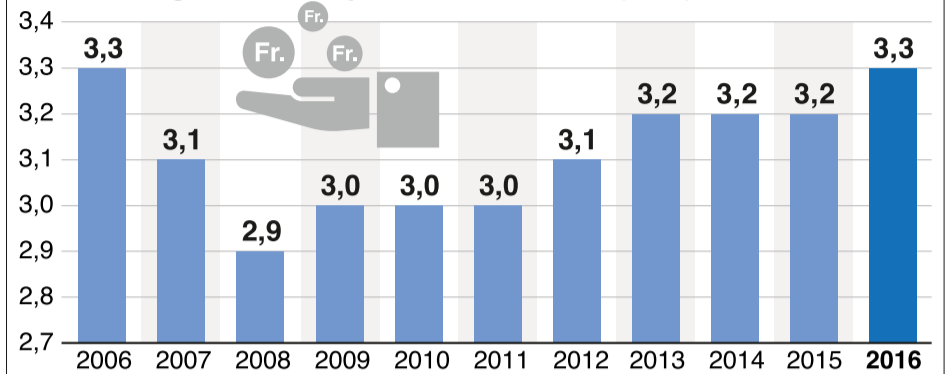
## Caritas kritisiert «Wettbewerb» bei Sozialabbau

Auf ein steigendes Armutsrisiko weist auch der am Dienstag veröffentlichte Sozialalmanach 2018 der Caritas hin. Demnach stieg die Erwerbslosenquote in den letzten fünf Jahren auf knapp fünf Prozent, und die Zahl der Ausgesteuerten erreichte 2016 mit 40 000 Betroffenen einen neuen Höchststand. Auch gebe es mehr Armutsbetroffene und mehr Working

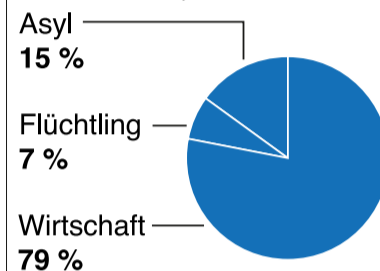
Poor. Gleichzeitig ist laut dem Hilfswerk unter den Kantonen ein regelrechter «Wettbewerb» zum Abbau der Sozialhilfe entbrannt. So unterschreite der Kanton Bern die erst 2015 festgelegten Skos-Richtlinien im neuen Sozialhilfegesetz massiv. Im Aargau, in Solothurn und Baselland lägen ähnliche Vorstösse auf dem Tisch. Das Hilfswerk fordert darum den Bund auf, Verantwortung zu übernehmen und die Armutsbekämpfung auf Bundesebene zu verankern. Anzustreben sei dabei auch ein nationales Rahmengesetz für die Sozialhilfe. | sda

## 273 273 Personen haben 2016 wirtschaftliche Sozialhilfe bezogen

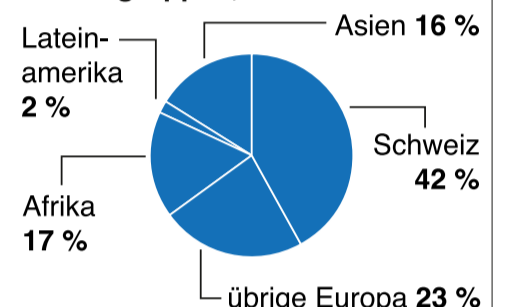
## Entwicklung Sozialhilfequote 2006 bis 2016 (in %)



## Anteil Sozialhilfebeziehende nach Status, 2016



## Sozialhilfebeziehende nach Ländergruppen, 2016



GRAFIK KEYSTONE, QUELLE BFS

## Lausanne | ETH Lausanne und acht Partner gründen Plattform für Cybersicherheit

## Zentral für nationale Sicherheit

**Die ETH Lausanne wird zusammen mit Partnern aus der Industrie ein «Center for Digital Trust» eröffnen. Diese Plattform will zu einem Referenzschwerpunkt in Sachen Cybersicherheit, Datenschutz und Achtung der Privatsphäre werden.**

Über 500 Personen haben am Dienstag am Tag der Cybersicherheit an der ETH Lausanne (EPFL) teilgenommen, um Erfahrungen auszutauschen und sich über die neusten Entwicklungen zu informieren. Die Tagung stand unter der Schirmherrschaft von Bundesrat Guy Parmelin.

Organisiert wurde der Cybersecurity Day 2017 von digitalswitzerland und der Innovationsinitiative Le Réseau zusammen mit der EPFL. Gemeinsam mit André Kudelski (Nagra Kudelski Group), Curtis Dukes (ex-NSA) und vielen weiteren Experten wurden die wichtigsten Themen rund um Cybersicherheit diskutiert.

## Veränderte Kriegsführung

Die Cybersicherheit sei ein zentrales Thema für die nationale Sicherheit, sagte Verteidigungsminister Parmelin. Es betreffe nicht nur das Militär, sondern auch die Wirtschaft und die Verwaltung. Dass das Thema dringlich sei, dürfte allen bewusst sein, führte der Verteidigungsminister in einem Interview mit sda-Video aus.

Die grossen Unternehmen hätten bereits viel gemacht, so Parmelin. Er denke dabei vor allem an die Banken und die Versicherungen. Ausserdem werde

die 2012 vom Bundesrat entwickelte nationale Strategie zur Cybersicherheit derzeit überarbeitet, sagte Parmelin. Wenn jeder seine Hausaufgaben mache und alle am gleich Strick zögen, könne man zu interessanten Resultaten kommen. Die Schweiz sei im Vergleich zu anderen Ländern bei der Abwehr von Cyberbedrohungen gut aufgestellt, fügte der Verteidigungsminister hinzu. «Cyberbedrohungen gehen den herkömmlichen Bedrohungen voraus, sie beschleunigen sie, sie verändern die Kriegsführung grundlegend, aber sie werden herkömmliche Bedrohungen auf keinen Fall ersetzen.»

## Sicher auf der Welle reiten

«Die Digitalisierung wird oft mit einer grossen Welle verglichen, die über die Welt hereinbricht. Deshalb brauchen wir Orientierungspunkte, um zu lernen, vertrauensvoll auf dieser Welle zu reiten.» Mit diesen Worten wandte sich EPFL-Präsident Martin Vetterli an die Teilnehmenden.

Er gab die Gründung des «Center for Digital Trust» an der ETH Lausanne bekannt. Dieses Center dient als Plattform für Zusammenarbeit, Austausch und Zugang zu vertrauensbildenden Technologien für diverse Akteure aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik.

Die Plattform will zu einem Bezugspunkt für Computersicherheit, Datenschutz und Privatsphäre werden. Die Digitalisierung und die damit verbundenen Herausforderungen stellen eine echte Chance für die Schweiz dar, hiess es. Aufgrund ihrer Neutralitäts-



Cybersicherheit. Martin Vetterli, Präsident der ETH Lausanne, am Tag der Cybersicherheit.

FOTO KEYSTONE

tradition befinde sich die Schweiz in einer idealen Ausgangslage, um die Grundlagen für ein neues digitales Vertrauen zu schaffen.

## Partner aus der Industrie

Acht Partner aus Industrie und Institutionen haben laut Vetterli Interesse gezeigt, sich zusammen mit der EPFL für diese Plattform zu engagieren. Darunter sind das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und das Universitätsspital Lausanne (CHUV), aber auch die Unternehmen Elca, Sicpa, Swisscom, Swissquote, SGS und SwissRe.

Diese Partner werden auch zur Finanzierung des Zentrums beitragen. Die ETH Lausanne kündigte zudem die Gründung von zwei neuen Unterrichts- und Forschungslehrstühlen an. Diese sollen die Labors verschiedener Fakultäten wie etwa derjenigen für Informatik und Kommunikation, Life Sciences und Technologiemanagement ergänzen.

«Im Zentrum unseres Ansatzes steht das digitale Vertrauen», sagte Jean-Pierre Hubaux, der akademische Leiter des neuen Zentrums. Dieses soll in einigen Monaten operationell werden, möglichst auf Beginn des neuen Schuljahres im August 2018. | sda